Nummer 300 Halle, Mittwoch, den 18. Oktober 1922 57. Jahrgang
Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 120.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 125.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 115.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 8.00, im auswärtigen Verkehr Mark 10.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 25.00 im Ortsverkehr und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle/saale". Bank-Konten: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsverpflichtungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Ein fester Wert der deutschen Mark?

Amerikanische Bemühungen um das Stabilisierungsproblem — Lloyd George tritt nicht zurück — Verschiebung der Reichspräsidentenwahl um zwei Jahre.

Zur Stabilisierung der Mark.

Vor einer neuen Bankierkonferenz?

Paris, 18. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) „Chicago Tribune" meldet, daß Pierpont Morgan eingeladen worden sei, an einer neuen Beratung teilzunehmen, die sich auf die Stabilisierung der Mark bezieht. In englischen Reparationskreisen wird erklärt, Morgan habe bereits seine Zustimmung gegeben, eine Einladung zu einer neuen Bankierkonferenz anzunehmen, falls seine Teilnahme von allen interessierten Kreisen aufrichtig gewünscht wird. Das Blatt glaubt, Bradburys und Morgans Ziel sei die Stabilisierung der Mark zu einem Kurse von 750 für den Dollar, eventuell könnte der Kurs auch auf 1000 erhöht werden.

Paris, 18. Oktober. (Eig. Drahtmeldung). Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal" meldet, Nachrichten aus Berlin zufolge liege der Reichsregierung ein neues Projekt für die Reparationszahlungen vor, das der Brüsseler Konferenz vorgelegt werden soll. Das Projekt sei auf einem Memorandum aufgebaut, das sich unter den Nachlaßpapieren Rathenaus vorgefunden haben soll. Rathenau erklärt in diesem Projekt, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands könne 20 Milliarden Goldmark nicht überschreiten, von denen aber die bisherigen Reparationszahlungen abgezogen werden müssen.

Ausgabe von Goldschatzanweisungen.

Berlin, 18. Oktober. Das Reichskabinett hat sich mit der Frage der Ausgabe der Goldschatzanweisungen am Montag beschäftigt und beschlossen, daß sie nach Anhörung der Sachverständigen in den nächsten Tagen ausgegeben werden sollen.

Ueber den Inhalt des Vorschlages, der den Kabinettsberatungen zugrunde lag, weiß der Lokalanzeiger zu melden, daß es sich um Goldschatzanweisungen handelt, zu deren Deckung hauptsächlich die Goldmilliarde der Reichsbank herangezogen werden soll. Die Erwerbung der Schatzscheine erfolge durch Papiergeld in Höhe der Goldparität. Ebenso werde der Zins in Goldparität gezahlt. Die Wertbemessung der Goldschatzanweisung werde sich vermutlich dem englischen Pfund anpassen. Der Kurs werde also mit dem englischen Pfund auf- und niedergehen. Von einem Kursieren der Goldschatzanweisung als Goldwährung könne keine Rede sein.

Dauernde französische Vorbesprechungen.

Paris, 18. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die Form, in der Frankreich das Bradburysche Projekt beantworten wird, gehen vorläufig noch widersprechende Gerüchte um. Sicher ist, daß die französische Regierung und dem entsprechend auch die französischen Vertreter in der Reparationskommission die Ansprüche über das Projekt am liebsten von der Kommission fernhalten und in die Brüsseler Konferenz verlegen wollen. Auf der Brüsseler Konferenz hofft Frankreich, unterstützt von sämtlichen alliierten Schuldnerländern die englische Regierung zu einer grundsätzlichen Stellungnahme in der Reparations- und Schuldenfrage zu zwingen. In der gestrigen Sitzung der Reparationskommission wurde über gewisse Fragen in bezug auf die Durchführung des Vertrages von Versailles beraten. Die Kommission wird erst am nächsten Freitag in offizieller Sitzung einen Beschluß über die deutschen Finanzzölle fassen.

Der Wettlauf um russische Konzessionen.

Englische Eifersucht.

London, 17. Okt. „Westminster Gazette" bezeichnet den von Reuter aus Riga gemeldeten, jedoch noch nicht bestätigten Rücktritt Krassins als Handelskommissar der Sowjetregierung als ein Ereignis von beträchtlicher Bedeutung. Der Rücktritt werde auf die Weigerung der Sowjetregierung, das Urquhart-Abkommen zu ratifizieren, zurückgeführt. Schon die allernächsten Monate könnten sehr große Veränderungen in der künftigen Politik und den kommerziellen Beziehungen zwischen England und Rußland bringen. Hoffentlich sei sich das Foreign Office darüber klar, welche Bedeutung der Mission Herriots zukomme.

Herriots russischer Reisebericht.

Paris, 17. Okt. Der Abgeordnete Herriot beginnt heute im „Petit Parisien" mit der Veröffentlichung über die Feststellungen, die er während seiner dreiwöchigen Reise in Rußland gemacht hat. Der erste Artikel beschränkt sich in der Hauptsache auf eine Reiseschilderung. Herriot erklärt, der Kommunismus habe seine Strenge gemildert. Er habe schon bei der ersten oberflächlichen Prüfung den Eindruck gehabt, daß Rußland wieder zu atmen beginnt. „Echo de Paris" beginnt bereits eine Kampagne gegen den Abgeordneten Herriot und stellt die Frage, ob die jetzige Regierung von Moskau wahrhaft das Rußland von morgen festlegen könnte. Die Bolschewisten seien wohl seit fünf Jahren im Besitz der Macht, man könne aber bezweifeln, ob sie außerhalb der Städte regierten.

Zuerst müßten sie die ihnen auferlegten Verpflichtungen erfüllen, ehe es überhaupt möglich sei, etwas mit ihnen abzuschließen.

Auflösung des englischen Parlaments.

Paris, 18. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Temps" meldet aus London: Lloyd George hat beschlossen, nicht zu demissionieren, sondern das Parlament aufzulösen. Er wird diesen Beschluß in seiner Rede am kommenden Sonnabend mitteilen. Wie aus London ferner berichtet wird, beschloß die konservative Partei, eine Versammlung noch in dieser Woche abzuhalten. Die Versammlung wird Donnerstag vormittag im Carlton Club tagen. Der Beschluß geht von Chamberlain aus und ist ein Zugeständnis des oppositionellen Flügels der Partei, der die Rückkehr zur Unabhängigkeit, d. h. das Ende der Koalition verlangt.

Um die Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 18. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In den Besprechungen der Parteiführer beim Reichskanzler einigte man sich heute dahin, den Fraktionen den Vorschlag des Zentrumsführers Marx zur Prüfung vorzulegen, der dahingeht, die Neuwahl des Reichspräsidenten am 1. Juli 1925 vorzunehmen. Die Antwort der Fraktionen und damit die Entscheidung der Frage soll heute abend um 6 Uhr erfolgen.

Klara auf die aufsteigende Linie!

Die Kommunistische Partei hat Klara Zetkin als Kandidatin für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Die alte Vorkämpferin des Kommunismus hat ihren Mut bei vielen Gelegenheiten bewiesen. Ob sie den Mut haben wird, auch den Fluch der Lächerlichkeit durch Annahme der Kandidatur auf sich zu nehmen?

Die Kommunistenkrawalle.

Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte.

Dem Vernehmen nach hat die amtliche Untersuchung über den „Bund für Ordnung und Freiheit" ergeben, daß die Satzungen des Bundes einwandfrei sind. Es wird jetzt aber erwogen, ob man nicht auf Grund der Versammlung vom Sonntag behördlicherseits gegen diesen Bund einschreiten soll. Die bisherigen Untersuchungen haben in der Tat ein Versagen einiger polizeilicher Dienststellen ergeben, so daß Polizeibeamte — man spricht von Kommandeuren bis herab zu Oberwachtmeistern — zur Verantwortung gezogen werden dürften.

Im Aeltestenrat des Preußischen Landtages, der vor der gestrigen Vollsitzung eine Sitzung abhielt, verlangten die Kommunisten die sofortige Beratung der Anträge wegen der Ereignisse vor dem Zirkus Busch. Minister Severing hat die Beantwortung für Donnerstag in Aussicht gestellt. Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, erklärten sich für Beratung der Anträge an diesem Tage. Am Donnerstag soll auch die sozialdemokratische Anfrage über den Fall Stubenrauch zur Verhandlung kommen.

200 Festnahmen.

Berlin, 18. Oktober. Aus Anlaß der Vorgänge am Zirkus Busch sind am Sonntag und Montag insgesamt 200 Personen polizeilich festgenommen worden. Nach Feststellung ihrer Personalien und nach ihrer polizeilichen Vernehmung wurden 148 der Festgenommenen von der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums wieder entlassen. Fünfzehn der Festgenommenen sind dem Richter vorgeführt worden und zwar wegen Landfriedensbruches, Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Wegen weiterer 18 Personen, die am Dienstag früh verhaftet wurden, schweben noch polizeiliche Ermittlungen.

In Ausführung der Entschließung der gestrigen kommunistischen Protestversammlung sprachen heute vormittag im Berliner Polizeipräsidium Vertreter einiger kommunistischer Betriebsräte vor, um die Freilassung der festgenommenen Kommunistenführer zu fordern. Der Abordnung wurde erklärt, daß nur der Richter zu ermessen habe, ob dieser oder jener Gefangene wieder auf freien Fuß gesetzt werden solle.

Der Schutz der Versammlungen.

Berlin, 18. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der „Telegraphen-Union" mitgeteilt wird, schlugen in der heutigen Sitzung des Aeltestenausschusses des Reichstages, der heute vormittag zusammentrat, die Vertreter der Deutschen Volkspartei vor, den Ausschuß zur Beratung des Gesetzentwurfes zum Schutz von Versammlungen sofort zusammentreten zu lassen. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Dr. Spahn, ging bereitwillig darauf ein, so daß man erwarten darf, daß der Anregung der Deutschen Volkspartei auf Einberufung des Ausschusses schleunigst stattgegeben wird.

Reichstagsbeginn.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Nach dreimonatelangen Sommerferien hat gestern der Reichstag in Berlin seine Sitzungen wieder aufgenommen. Eine ganze Reihe seiner Ausschüsse hat schon vorher getagt. Aber eine größere gesetzgeberische Vorlage von besonderer Dringlichkeit liegt trotzdem nicht vor. Wenn das Reichsparlament dennoch am vorher festgesetzten Endtermin seiner Ferien festgehalten hat, so deshalb, weil eine Reihe anderer Entscheidungen zu treffen ist, die keinen Aufschub gestatten. Allerdings wird der Reichstag nur bis zum Dienstag nächster Woche zusammenbleiben. Dann muß er wegen des deutschnationalen Parteitages und im Anschluß daran wegen der sächsischen Landtagswahlen eine Pause bis zum 7. November machen. Die Eilfragen, zu denen das Plenum des Reichstags Stellung nehmen muß, beziehen sich auf die Festsetzung des Umlagepreises für Getreide, auf die neue Besoldungsreform, auf die Abänderungen in der Angestelltenversicherung, auf die Verlängerung verschiedener Demobilmachungsverordnungen und auf die Festsetzung des Termins der Reichspräsidentenwahl. Man wird versuchen, alle diese Gegenstände in den zur Verfügung stehenden acht Tagen zu erledigen. Eine ausführliche Aussprache über die wirtschaftliche Notlage ist dann natürlich nicht möglich; sie wird aber gestreift werden bei der geplanten eingehenden Debatte über die Getreideumlage.

Politisch am bedeutsamsten wird natürlich die Entscheidung über den Termin der Reichspräsidentenwahl sein. Vorausgesetzt, daß überhaupt an baldiger endgültiger Wahl des Reichspräsidenten festgehalten wird. Das ist bekanntlich in den letzten Tagen recht fraglich geworden. Die Deutsche Volkspartei hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Verschiebung dieser Wahl zu erreichen. Beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten wie bei den Regierungsparteien hat sie mit außenpolitischen und innerpolitischen Gründen für die Verschiebung Stimmung gemacht. Den zweifellos für sie wichtigsten Grund, den parteipolitischen, der sie zu der eigenartigen Schwenkung vom Drängeln auf die Wahl zum Widerspruch gegen sie bewogen hat, die Besorgnis, daß die überwiegende Mehrheit ihrer Wähler mit den Deutschnationalen laufen könnte, hat sie naturgemäß verschwiegen. Aber nachdem in den Vorbesprechungen der letzten Tage neben den Volksparteilern auch das Zentrum die Hinausschiebung der Präsidentenwahl empfohlen und die Sozialdemokratie nicht mit schärfstem Nachdruck gegen die Verzögerung angekämpft hat, werden die Deutschdemokraten nicht imstande sein, die früheren Pläne und Vereinbarungen einer Herbst- oder Winterwahl des Reichspräsidenten aufrecht zu erhalten. Die Verhandlungen zwischen den Parteien und mit dem Reichskanzler sind noch nicht zum Abschluß gekommen, aber eine Verschiebung scheint mehr Wahrscheinlichkeit für sich zu haben, als die Wahl am 3. Dezember. Allerdings müßte diese Verschiebung, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, dann auf lange hinaus beschlossen werden, also entweder bis zur nächsten Reichstagswahl 1924 oder bis zum Ablauf der Wahlperiode eines Reichspräsidenten, also bis zum Jahre 1926. Auch käme alles darauf an, wie sich der Reichspräsident Ebert, der bekanntlich bisher dringend um baldige Volkswahl gebeten hat, zu dem Verschiebungsvorschlag stellt. Er wird ihm zweifellos nur dann zustimmen, wenn er in einer Form an ihn herantritt, der jede Gefahr einer Autoritätsminderung dieses höchsten Amtes ausschließt. Dazu dürfte gehören, daß eine ganz breite Mehrheit des Reichstages einheitlich die Hinausschiebung der Wahl um Jahre beantragt. In diesem Falle müßte also doch wohl auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Farbe bekennen. Im Interesse der reinlichen Scheidung zwischen ihr und den Deutschnationalen könnte man das nur begrüßen.

Aber vor der Entscheidung dieser Frage der Präsidentenwahl werden die Parteien noch scharf aufeinanderstoßen bei der Besprechung des Getreideumlagepreises. Hier haben nicht nur landwirtschaftliche Produzenten und städtische Konsumenten ihre verschiedenen Vertreter im Parlament, sondern es werden auch recht zahlreiche und sehr begründete Klagen über die unterschiedliche Verteilung der Umlage laut werden. Die Demokraten, für die wahrscheinlich der Abgeordnete Dr. Böhme sprechen wird, nehmen bekanntlich einen vermittelnden Standpunkt zwischen den verschiedenen Interessengegensätzen ein und halten die Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion für ebenso notwendig, wie die Rücksicht auf die allgemeinen Teuerungsverhältnisse, unter denen die Verbraucher besonders schwer leiden. Man kann nur wünschen, daß auch die große Mehrheit des Reichstages eine mittlere Linie findet, die Krisen wegen dieser Frage vermeidet. Die übrigen Beratungsgegenstände der nächsten Tage werden zwar auch noch die weitere Oeffentlichkeit lebhaft interessieren, wie z. B. die neue Beamtenbesoldungsordnung und die Verlängerung verschiedener Demobilmachungsverordnungen, aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221018010/fragment/page=0001

parlamentarisch werden sie kaum besondere Aufregung verursachen. Auch die vom sozialpolitischen Ausschuß empfohlene Reform der Angestelltenversicherung mit ihrer erheblichen Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen wird zwar eingehend beraten, aber mit großer Mehrheit verabschiedet werden. Und da es im Augenblick auch in der auswärtigen Politik, soweit Deutschland unmittelbar beteiligt ist, noch verhältnismäßig ruhig ist, können alle Vorarbeiten für die parlamentarische Winterarbeit fertiggestellt werden, die dann am 7. November beginnt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr und gedenkt des Ablebens des bisherigen Alterspräsidenten Rieke (Sos.). Auf der Tagesordnung stehen zunächst 17 Kleine Anfragen, die zum Teil bereits im Juni gestellt worden sind. Auf eine Anfrage Löwenstein (Soz.) wird mitgeteilt, daß es leider nicht möglich ist, dem Reichstagsbeschlusse zu folgen und für Fahrten im Interesse der Jugendpflege nur ein Viertel der tarifmäßigen Fahrpreise zu erheben. Auf eine Beschwerde des Abg. Dr. v. Lersner (D. Vp.) wird erwidert, daß Kurgäste aus Masserberg i. Thür. ausgewiesen wurden auf Grund einer Verordnung des Thüringischen Staatsministeriums wegen Störung der öffentlichen Ordnung durch monarchistische Propaganda. Abg. Koch-Weser (Dem.) erinnert an den Tumult in Neustadt i. d. Pfalz, wo ein Böbelhaufe in dem Hause des Fabrikanten Helfferich vandalische Zerstörungen anrichtete unter dem Vorgeben, den Reichstagsabgeordneten Helfferich zu suchen. — Es wird mitgeteilt, daß der Ueberfall ganz unerwartet in der Nacht erfolgte und daß ein Disziplinarverfahren schwebt. Auf eine Beschwerde des Abg. Dr. Hugo über das Vorgehen des Reichsmonopolamts wird erwidert, daß die Brannweinmonopolverwaltung dem Gerücht durchaus entgegentomme. Vorstellungen der Herman-Schlacht von Heinrich v. Kleist in Rotzbeim in Südbannover wurden vom Regierungspräsidenten verboten — Anfrage Dr. Wienbeck (Dn.) —, weil in der Veranstaltung eine unzulässige Versammlung erblickt wurde. Auf eine Anfrage des Abg. v. Lersner bezügl. der letzten Gefangenen in Avignon wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß bald der letzte Gefangene die Erlaubnis zur Heimkehr erhalten werde. — Auf eine Anfrage des Abg. Dietrich-Baden wird erwidert, daß es sich bei dem Projekt eines linksrheinischen Schiffahrts- und Werftkanals nur um ein Teilstück handele. Eine Denkschrift wird dem Reichstag zugehen. Der Gesetzentwurf über die Gebühren in Musterregisterlachen wird angenommen. Die Gesetzentwürfe zur Verlängerung von Demobilmachungsverordnungen und über die Abgaben auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal gehen an die Ausschüsse. Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Interpellationen Heilmann (Dn.) über die Zusammensitze vor dem Zirkus Busch und Marx (Zentr.) über die Not der deutschen Wissenschaft, ferner die Beschlußvorlage und kleine Entwürfe.

Preußischer Landtag.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Im Preußischen Landtag begann die Wiederaufnahme der Vollsitzungen nach kurzer Pause mit einem stürmischen Auftakt. Vor Eintritt in die Tagesordnung schickten die Kommunisten den Abg. Katz vor, der sofortige Beratung des Antrages seiner Partei über die Vorgänge vor dem Zirkus Busch verlangte. Der Aeltestenausschuß hatte sich bereits vor der Sitzung dahin schlüssig gemacht, die Beratung der Anträge der verschiedenen Parteien über diesen Gegenstand am Donnerstag erfolgen zu lassen, da Minister Severing die Beantwortung der Regierung für diesen Tag in Aussicht gestellt hat. Die Kommunisten benutzen natürlich die Gelegenheit, im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte aufs neue der Mitwelt Kenntnis zu geben von der Vertretung des Volkes durch ihre Fraktion. Die Opposition und die Lärmszenen nützten nichts der Redner hatte sich einen Ordnungsruf und man ging zur Tagesordnung über. Auf dieser standen zunächst die

Anfragen über die Not des besetzten Gebietes.

Leider mußten sie von der Tagesordnung abgesetzt werden. In der Aussprache kam das Bedauern darüber besonders durch den Mund des Abg. Dr. Deerberg (Dn.) zum Ausdruck. Der Sozialdemokrat Heilmann stellte gleichfalls den Wunsch seiner Partei fest, daß die Not des besetzten Gebietes tunlichst bald im Landtag ihren Widerhall finde. Auch im übrigen war das Ergebnis der heutigen Sitzung nicht überwältigend. Man unterhielt sich aufs neue über die Not der Sozial- und Kleinrentner und forderte schnelle Hilfe. Sodann erledigte man eine Reihe kleiner Gegenstände. Unter anderem nahm man den Antrag an auf Verwendung des Kieler Schlosses zu Kulturzwecken. Ferner wurden die Wünsche über Aenderung der Vorlesungsgebühren an Universitäten und für unentgeltliches Hochschulstudium für Minderbemittelte zum Ausdruck gebracht. In einem erneut von den Kommunisten inszenierten Krach — sie verlangten wiederum die Beratung ihres Antrages wegen der Vorfälle vor dem Zirkus Busch als ersten Gegenstand der Mittwochsitzung — fand die Sitzung am Dienstag ihren Abschluß.

Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Zur dritten Lesung des Entwurfs über Mieterschutz und Mieteinigungsämter lag ein Antrag Humar (Hausbesitz) vor, der auf die schweren Mängel des Entwurfs hinweist und sich gegen das Bestreben wandte, das Prinzip der Zwangswirtschaft gewissermaßen gesetzlich unbefristet festzulegen und auf Kleinstädte und Land zu übertragen. Der Antrag fordert daher vom Erlaß des Gesetzes abzusehen und zum Schutz der Mieter ein möglichst einheitliches Räumenotrecht in Anlehnung an die Mieteinigungsämter in Aussicht zu nehmen. Dieser Antrag wird nach längerer Debatte angenommen. Der Antrag des Wirtschafts- und Finanzpolitischen Ausschusses auf Wiederherstellung des Bankgeheimnisses wird nach längeren Ausführungen des Berichterstatters, Bankdirektors Dr. Salomonsohn und Widerspruch durch Bernhard (Freie Berufe) an die beiden Ausschüsse auf Antrag Krämer zurückverwiesen mit der Maßgabe, daß beraten Votum direkt an die Regierung weitergeleitet wird. Donnerstag vormittag 10 Uhr: Hausgehilfengesetz, Reichsknappschaftsgesetz.

Neue Erhöhung der Postgebühren.

Der Reichspostminister hat in einer Besprechung den Mitgliedern des Verkehrsbeirates Vorschläge für eine erhöhte Gebührenordnung unterbreitet. Postkarten sollen im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 6 Mark kosten. Briefe sollen im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Mark, bis 100 Gramm 8 Mark, bis 250 Gramm 12 Mark kosten, im Fernverkehr entsprechend 12 Mark, 18 Mark, 20 Mark. Die Drucksachengebühr wird für 25 Gramm auf 2 Mark, bis 1 Kilogramm auf 20 Mark erhöht. Für Warenproben, Geschäftspapiere und Mischsendungen (zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben) soll die Gebühr für 250 Gramm 12 Mark, für 1 Kilogramm 20 Mark betragen. Die Päckchengebühr ist auf 24 Mark vorgesehen. Die Versicherungsgebühr für Wertpakete und Wertbriefe soll 6 Mark für je tausend Mark der Versicherungssumme, mindestens 10 Mark betragen. Postanweisungen sollen kosten bis 100 Mark 10 Mark, bis 500 Mark 16 Mark, bis 1000 Mark 20 Mark, bis 2000 Mark 24 Mark, bis 5000 Mark 30 Mark, bis 10 000 Mark 40 Mark. Bei den Postpaketen wird die Staffelung der Gebühren von Kilogramm zu Kilogramm eingeführt. Die Gebühr beträgt bis 5 Kilogramm in der Nahzone künftig 60 Mark, für jedes weitere Kilogramm 12 Mark mehr. Für die Fernzone gelten die doppelten Preise. Zeitungspakete sollen bis 5 Kilogramm die Hälfte der Paketgebühr kosten. Im Postscheckverkehr werden die Gebühren auf die Hälfte der Postanweisungsgebühren festgesetzt.

Bei Telegrammen soll künftig ohne Rücksicht auf die Entfernung eine Grundgebühr von 20 Mark und daneben eine Wortgebühr von 10 Mark erhoben werden, dafür fällt die Mindestgebühr fort. Die Fernsprechgebühren sollen das Doppelte der jetzigen Gebühren einschließlich der Teuerungszuschläge betragen. Die Erhöhung für die laufenden Gebühren soll mit Wirkung vom 1. Januar 1923, für die Einzelgebühren mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 in Kraft treten.

Demokratische Mittelstandspolitik.

Auf dem Elberfelder Parteitag ist auch der Mittelstandsausschuß der Deutschen demokratischen Partei zu einer besonderen Tagung zusammengetreten. Dieser Tagung wurden von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Kniest (Kassel) die nachfolgenden Richtlinien für das Handwerk und Gewerbe vorgelegt, die von der Ausschußsitzung nach eingehender Aussprache einstimmig angenommen wurden. Die wirtschaftliche Lage des Handwerks wird durch die Geldentwertung bestimmt. Diese wirkt sich aus A. in Mangel an Kapital (Betriebs- und Anlagekapital) als Folge: 1. ungenügender Kalkulation, 2. zu lascher Lieferungs-, Zahlungsbedingungen und Einziehung der Außenstände, 3. ungenügender Abschreibungen, 4. Verwässerung des eigenen Vermögens; B. in einer Erschwerung der Kreditbeschaffung als Folge der allgemeinen Kreditnot; C. in einer ständigen Abnahme der Arbeitsmöglichkeit als Folge der 1. Einschränkung der Lebenshaltung, 2. zunehmenden Selbsthilfe des Verbrauchers.

Es sind demgegenüber folgende Richtlinien für die Unternehmungen zu empfehlen: Zu A. Erhaltung und Ergänzung des Betriebs- und Anlagekapitals. I. 1. Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Berechnung der Materialpreise. Ziel muß die Anerkennung des Wiederbeschaffungspreises sein; b. d. des Preises, für den das Material am Tage des Verkaufs im ordnungsmäßigen Geschäftsgang wieder erworben werden kann. 2. Berücksichtigung aller Unkosten. 3. Berücksichtigung der unproduktiven Arbeit (Ferien, Feiertagen). 4. Berücksichtigung der eigenen Arbeitskraft und der Angehörigen. 5. Berücksichtigung der Umsatzsteuer mit 2,4 Prozent, der Luxussteuer mit 17,64 Prozent. 6. Berücksichtigung der Abschreibungen und Erneuerungen. 7. Bildung von Reserven. II. Lieferungsbedingungen: 1. Keinen Auftrag zu festen Preisen einschl. des Materials, der Löhne, der Unkosten, des Verdienstzuschlages. 1. Klausel: Freibleibend im Preise und Lieferfrist, zuzüglich der dem Mehrlohn entsprechenden Unkosten und Verdienstzuschläge. 2. Keine Kautionsstellung für einwandfreie Arbeit, auch bei Behörden. 3. Lieferung ab Werkstatt. 4. Lieferung im Bau seine Haftung. 5. Verpackungsspesen gehen zu Lasten des Kunden. 6. Fester Materialpreis nur dann, wenn das Material sofort bezahlt wird. III. Zahlungsbedingungen: 1. Kleinere Arbeiten oder fertige Waren nur gegen bar. 2. Bei größeren Aufträgen: Anzahlung zur Materialbeschaffung bis 90 Prozent, wöchentliche Abschlagszahlung für Löhne, sofortige Restzahlung bei Lieferung. Vorteil und sonstige Unkosten bei Mahnungen zu Lasten des Kunden. IV. Geschäftsführung: 1. Einhaltung der übernommenen Pflichten. 2. Gute Arbeitsleistung. 3. Sofortige weitgehendste Verwendung der eingehenden Gelder zum Neueinkauf. 4. Möglichst weitgehende Abtragung der Schulden. 5. Schaffung von Steuerlonten.

Zu B. Erleichterung der Kreditbeschaffung. 1. Dauernde Verbindung mit den Kreditgenossenschaften und nicht erst in Zeiten der Not. 2. Stärkung der Kreditgenossenschaften durch restlosen Zurverfügungstellen flüssiger Gelder, ferner Erhöhung der Anteile und Haftsummen, Mitarbeit in den Kreditanstalten. 3. Vermeidung jedes unnützen Kredits.

Zu C. Beschaffung der Arbeitsmöglichkeit. I. Hereinholen von Aufträgen durch Inseratenwerbung, Vertrauenspersonen, Vertreter, Handwerkskammern. II. Ausführung des gesamten Publikums und Ausschreibung zur Auftragserteilung. III. Bekämpfung des Pfuschertums durch: 1. Solidarität des Handwerks selbst. 2. Anzeige bei Steuerbehörden und Berufsgenossenschaften. 3. Vereinbarungen mit anderen Berufsständen. IV. Verbilligung der Ware (wodurch Konsum gehoben wird): 1. Rationelle Betriebsführung, Sparsamkeit bei Verwendung von Hilfsmitteln bei Maschinen und Rohstoffen, zweckmäßige Arbeitseinteilung, völlige Ausnutzung des Achtstundentages, Vermeidung unnützer Ausgaben. 2. Klare Preisbildung, wobei Verdienst den Zeitverhältnissen entsprechend. 3. Großeinkauf der Rohstoffe durch Zusammenschluß.

Zur Durchführung obiger Richtlinien ist nachfolgendes zu empfehlen, wobei Ergänzungen sachlicher oder örtlicher Natur angewendet werden müssen! 1. Laufende Aufklärung des Handwerks über seine Lage in der Innung oder sonstigen Vereinigungen. 2. Abhalten von Kalkulationsabenden. 3. Festsetzungen von Lieferungsbedingungen. Die Bedingungen sind einheitlich in den Korporationen zu beschließen und durch Aushang bei den Geschäftsräumen, Verfügung der Offerten, Annoncen in der Zeitung bekannt zu machen. 4. Die Aufträge sind schriftlich zu bestätigen mit der Bemerkung, daß die beigefügten Bedingungen Bestandteile des Vertrages sind. 5. Zur Vermeidung unnützer Prozeßkosten sind Stellen einzurichten, die als Einigungsamt dienen (Schlichtungsstellen der Handwerkskammer). 6. Rechnungen sind sofort aufzustellen. (Rechnungen nur am Jahresschluß darf es nicht mehr geben.) 7. Bei Nichtzahlung sind die Beträge durch ein Einziehungsamt einzuziehen.

Wenn diese Richtlinien von allen durchgeführt werden, dann ist die Erhaltung der gewerblichen Mittelstands möglich. Solidarität ist Vorbedingung. Wenn die Organisationen diese Richtlinien ihren Mitgliedern erläutern, haben sie ihre Pflicht getan; dann trifft die Schuld des Verfalls des Betriebes den Betriebsinhaber allein.

Hölz „Adjutant" verhaftet. In Bochum wurde der „Generalstabschef" von Max Hölz, der Kommunist Eds, verhaftet, der unter dem Namen Bernhard Eckardt aus Berlin im Industriegebiet eine heftige Agitation gegen das Ueberschichtabkommen betrieb und in Herne, Wanne und Bochum die Menge zu Plünderungen aufgeschachelt hat. Sein Ziel war die Vereinigung der Kommunisten und Unionisten, um dann im Ruhrgebiet loszuschlagen.

Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen beschlossen. Der amerikanische Kriegsminister hat bekanntgegeben, daß die amerikanischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland sehr bald zurückgezogen werden. Man erwarte, daß sie gegen Weihnachten wieder in Amerika eintreffen. Die Kosten für ihren Unterhalt, die bisher 300 Millionen Dollars betragen haben, würden vollkommen von Amerika gedeckt werden.

Nach bewährtem Muster. Der Zutrauensagent teilt mit, daß am 11. November, anläßlich des Gedenktages des Waffenstillstandes in Frankreich eine Minute des Stillschweigens angeordnet ist. Die Feier wird im übrigen sehr einfach sein, und die Arbeit wird nicht unterbrochen werden.

Der Rücktritt des italienischen Ministeriums, der stündlich erwartete wurde, hat noch nicht stattgefunden. Der Ministerpräsident Facta will einen letzten Versuch machen, um das Kabinett zu retten und dazu vor der Kammer sprechen. Es ist mehr wie wahrscheinlich, daß er sich im Amt wird halten können. Die Krisis wird dadurch nur aufgeschoben.

Italienisches Einreiseverbot für Nürnberger Bürger. Das italienische Generalkonsulat in München hat Nürnberger Bürgern die Einreise nach Italien verweigert, weil italienischen Staatsbürgern in Nürnberg, die dort seit Monaten angestellt sind, der weitere Aufenthalt in der Stadt verboten worden ist. Wird diese Verfügung aufgehoben, so will auch das Generalkonsulat die Einreisesperre aufheben.

Zahnarzt Dr. Bahr's **Zahnpulver „Nr. 23"**
reinigt die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird.
Jede echte Packung trägt Dr. Bahr's Namenzug.
A. Steinbach, Königstr. 14. Oskar Ballin jun., Obere Leipzigerstr. 36
B. Berthold, Gr. Steinstr. 48 Max Rädler, Kanalstraße 2.
Pantus-Drogerie Friedrichplatz, Neumarkt-Drogerie.
Drogerie M. Waltegoit Nachf., Gr. Ulrichstraße 30.

Streiflichter vom Rhein.

Bunte Bilder von einer Fahrt in den Westen.

Von Dr. W. A. Kranzhals-Erfurt.

„An den Rhein, an den Rhein, zieh nicht dir gut!" Alte Weise singt es und alle herbe Süße, die den deutschen Strom umweht, schwingt in leisen Schlußtönen mit. Vor allzu großem Glücksrausch warnt sie und ist doch mehr Lockung als Warnung, mehr Ruf als Scheidung: Kommt!

„Kommt", das ist es auch heute wieder, das zu uns tönt, bittend und Hände suchend, komm, und daß das Band nicht zerreißen zwischen uns und der großen deutschen Heimat, nun da wir im Elend sind. Denn so mancher, allzuviele verstehen und deuten sich heute die Warnung des Liedes anders, ernsthafter, schwerer, brutaler und nackter, denn der Rhein ist nicht mehr deutsch! Einstweilen, einstweilen, meine Lieben, scheint es so, und mag sich die Faust in der Tasche ballen, mag grimmer Zorn, schmerzende Trauer das Wasser in die Augen treiben, du mußt doch hin, ihr müßt doch hin, ihr Deutschen im Lande, und müßt Brüdern die Hände reichen und spüren, daß es doch deutsche Hände sind, und müßt in rheinische Augen schauen und fühlen, daß es helle deutsche Augen sind, die euch anschauen und lieben: Vergeßt uns nicht! Wir haben's hier schwer genug! Ihr wißt es gar nicht, wie schwer, denn nicht nur die lastende, hochmütige Hand des Feindes ist es, die wir knirschend im Nacken spüren, nein, es ist der Ekel über das, was vieles, das solche Belebung mit sich bringt, denn ein edles Volk hat niedere und hohe Teile und die niederen, die sich mehr finden in den sogenannten „besseren Kreisen" als in den anderen, zeigen ihre Niedrigkeit fesselloser, nun da sie der Bann der Nation dort nicht mehr hemmt. Kommt und spürt durch all' solche Fesselung, durch all' solchen Ekel hindurch die Freude am Deutschsein, den Willen des Rheines, seinen Zauber, sein Raunen und Rufen, und beides, Freude und Schmerz, wird und mit euch, und im Westen, mit euch im treuen deutschen Lande fester binden, als führet ihr in Eilzug zudio im Frieden der Rhein hinab zum Taunus und Schwarzwald, die hinüber rauschen zu den Vogesen, wo französische Kanonen grollend donnern in hämischer Gebärde. Nur was man aufgibt, hat man ganz verloren. Zum Rhein, zum Westen hieß darum die Losung, als Freunde riefen: Kommt und sieh!

Der Dom dunnert über die dunkenden Geleise im Dämmer des Tages, der zur Nacht strebt. Vorbei an ragenden Schloten, qualmenden Essen, Hochöfenbauten und Türmen, vorbei an den Stätten der Arbeit, die in tausend Lichtern funkeln, in denen es flirrt und dröhnt, faucht und stöhnt, prasselt und kreischt, vorbei an kleinen grünen Flecken, an parkartigen Wäldern, kleinen Wohnkolonien und wieder Schloten und Essen, schwarzen Halden und in Eisen und Glas flirrenden Lichtern. „Arbeit, Arbeit!" schlagen die Räder auf den Schienen und Arbeit spricht aus Hand und Gesicht der Männer und Frauen, die von Ort zu Ort wechselnd den Zug besteigen und verlassen; von kaum etwas anderem ist die Rede als von Kohle und Erz; endlose Güterzüge rasseln vorbei: Kohle, Kohle, Kohle: für uns? Für wen? Der Wind schlägt deutend die Rauchfahnen gen Westen: Für „Die"! „Die", das weiß man dort schon, wer das ist, und ein unsäglicher Ton von Bitterkeit und Verachtung formt dieses „Die"! Der düsternde Horizont flammt rot, schwarz stehen die Türme der Arbeit dagegen, ein Bild, wie es hie und da auch bei uns zu schauen wie es dort Stunde um Stunde zum Gepräge der Landschaft wird. Die geräumige Halle den Zug aufnimmt. Köln! Unsagbares Getriebe, bunte Uniformen. Belgier, graublau, Franzosen, mehr zum Feldgrau, Khaki-Engländer, mitten im Gewühl und um jeden doch wie ein kleiner freier Luftraum, der den Fremdkörper im deutschen Blute fühlen läßt. Französische, englische Schilder, groß, in prahlender Schrift, deuten auf militärische Stellen, dazwischen die deutschen Eisenbahner und Gepäckträger, nicht anders wie sonst, Gewühl! Vor dem Bahnhof zur Linken ragt der Dom; so tief ist das Auge in das fremde Völkertreiben, das ihr in die fremden Idiome gefangen, daß es ihn, mitten unter den neuzeitlichen Bauten, fast wie ein etwas unglücklich placiertes Denkmal empfindet, Denkmal einstiger Größe. Zu seinen Füßen, zwischen Autos, wimmelnde Menschen, Mückenschwärme am Fuße der ragenden Eiche. Ein deutsches Bräu! Um die Mittagsstunde gestopft voll, vom mühsam erborgten Marmortisch schweift der Blick auf essende, trinkende Menschen. Ein anscheinend früher gut bürgerliches Lokal, jetzt Schieber aus allen Nationen, Ausländer, Belgier, Franzosen, Amerikaner, Holländer, schmagen mit Gelöse: die Völker senden nicht mehr ihre beste Kultur: Fedor kann sich's leisten, jeder Ausländer, Gewürzkrämer und Austernzüchter, und sie leisten es sich, zu fressen des Kölner Domes zu spotten, wo der deutsche Blick beschleunigt sich ein Gericht sucht, das das Dreifache kostet wie im Binnenlande. Offiziere und Soldaten der Fremden bringen bunte Lichter in die dampfende Masse. Seit flieht in Strömen, im Mittag, und die ihn trinken, sind junge Arbeiter in offenem Hemd, die englische Sportmütze im Genick, der zitternden Hand entfällt die halbgefüllte Flasche, dienstfertig bringt der Kellner eine neue zu den sechs, die die vier schon hinter sich haben, kostet ja nur 1500 Mark, die Flasche! Fort, zum Rhein, zum Baden, ins Licht! Blitzend strahlt die Sonne auf den braungrünen Fluten, die den kleinen weißen Dampfer wiegen. „Goethe" heißt er und seemännische Biederkeit schaut aus den blauen Augen des blonden Kaptäns, freundliche Auskunft, hier ist gut sein, Sonne und Wasser, und ragend steht der Dom über der flirrenden Stadt, weit spannt die Brücke über den Strom und die Standbilder der Kaiser grüßen wie Spielzeug herab. Schmuck und sauber sind die Dampfer der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrtsgesellschaft und billigen ist es auf ihnen „zu Berg" zu fahren, gen Mainz, als mit der Eisenbahn; mag' nun ein Personendampfer sein, wie der „Goethe" oder ein Schnelldampfer wie der „Bismarck", auf dem breiten Salondeck sitzt sich's wie in heller freundlicher Gaststube, die weiten Fenster geben den Blick frei auf die Ufer des Rheines, denen wir entgegengleiten in gespannter Erwartung, wie man einem Glück entgegenfährt, gewiß, es werde einem werden. Ein Zittern geht durch den Schiffsleib, die Glocke tönt und tauschend wühlen die Räder den deutschen Strom, der breit und kraftvoll dahinrauscht, die Stadt versinkt, nur der Dom winkt noch in blauenden Schiefern, dann breitet sich Ebene aus Wiesen und zur Linken. Wenig Fremde sind auf dem Dampfer, deutsche Laute wie nie immer, deutsche Gesichter und, Bonn taucht auf in Schönheit, weckt tönende Erinnerungen an den Meister der Töne, Beethoven, an die Studenten, die tollegen Burschen, die Fürstensöhne an Burschen hatten. Und nun hebt sich das Land zur Rechten und Linken, türmend steigt es an. Godesberg zur Rechten, Drachenfels zur Linken eröffnen mit trotzigem Sinn den Reigen der Burgen am Rhein, auf denen die stolzen Geschlechter der Grafen saßen, wilde Gesellen oft, denen die Faust alles war, und Macht Recht hieß, wie heute noch den Raubstaaten jenseits des Rheins.

Das „Alte Theater" in Leipzig hat nun seine Pforten wieder geöffnet. Die Aufführung am Sonntag (Schillers „Fiesko") war von Ehrengästen, Leitern auswärtiger Bühnen und Kunstfreunden zahlreich besucht.

Das Drama der Gegenwart. Die Berliner „Deutsche Bühne" brachte im Schwechten-Saal die Uraufführung eines Dramas „Die Ari" von Albert Mathiß. Ihre Heilen spielte die Hauptrolle mit Erfolg. — Hugo von Hofmannsthals „Großes Welttheater" ist von dem Königlichen dramatischen Theater in Stockholm zur Aufführung erworben. — Die Kammerspiele des Berliner Deutschen Theaters bereiten Mayrs „Improvisationen im Juni" und Heinrich Manns „Das gestiefelte Heldi" vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221018010/fragment/page=0002